

3./V. 1918.

Die Polenfrage.

Vortragabend des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden.

Die Polenfrage behandelte gestern abend in einer nach dem großen Sitzungssaal des preußischen Abgeordnetenhauses einberufenen Versammlung des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden der Regierungsrat Kleinow, der Kenner der Ostfragen ist. Kleinow gab einen großzügigen Überblick über die Verhältnisse in Kongresspolen und in unserer Ostmark, um dann bestimmte Vorschläge hinsichtlich der Lösung der Polenfrage vom deutschen Standpunkte aus zu machen.

Er beleuchtete zunächst die polnischen Forderungen hinsichtlich Ost- und Westpreußens, Posen und Schlesiens, die nicht allein von polnischen Ideolisten aufgestellt werden, sondern auch von allen ruhig denkenden polnischen Politikern. Dann erörterte er die einstigen russischen Zusicherungen an die Polen, die durch Hindenburgs militärisches Eingreifen im Winter 1914 zunichte gemacht worden sind. Aber dennoch halten die Polen an ihren Wünschen fest und sie glauben, die Abmachungen von Brest-Litovsk werden ohne Dauer sein und die Entente werde den Polen doch noch zur Erfüllung ihrer Forderungen verhelfen. Was die polnischen Politiker in den letzten vier Jahren diplomatisch geleistet haben, sei bewundernswert. Ihre Politik war offen, selbstloser, keineswegs hinterhältig, die Polen traten als Herren der Lage auf und fühlten sich auch heute noch uns überlegen. Das ist das Geheimnis ihrer Politik. Tatsächlich hat es im Verlaufe des Krieges Augenblicke gegeben, in denen sie auf die Erfüllung ihrer Träume hoffen konnten. Der Redner schilderte dann die vergeblichen Versuche von deutscher Seite, mit den Polen zu einer Verständigung zu gelangen, und er hob dabei hervor, daß es bei uns Politiker gibt, die geneigt wären, um den Polen in irgendeiner Art entgegenzukommen, aus Deutschland einen Nationalitätenstaat zu machen. Die Möglichkeit einer Ausöhnung weist der Redner von der Hand, weil der Haß der Polen gegen uns systematisch groß gezogen sei, um durch ihn den polnischen Staat vorzubereiten. Nur wenn wir unsere Macht ausnützen, die wir den Polen gegenüber besitzen, und wenn wir verhindern, daß in der Polenfrage die Leitung immer mehr aus den bewährten militärischen Händen in die Lastorgane der Diplomatie überginge, werden wir mit den Polen zu einem Frieden kommen können. Die Ausöhnung, die sich zwischen den Russen und den Polen vor dem Kriege geltend machte, zeigte, daß die Anwendung der Macht die Polen zum Nachgeben veranlaßt. Der Vortragende erörterte dann die praktischen Vorschläge hinsichtlich der Lösung der polnischen Frage vom deutschen Standpunkte aus, wies darauf hin, daß wir vor unsern Ostgrenzen einen Sicherheitsstreifen brauchen, der polnisches Gebiet mit Warschau einschloße und mit Deutschland derart verbunden würde, daß dieser etwa als Republik aufzurichtende Staat durch ein deutsches Staatssekretariat verwalten bzw. beaufsichtigt würde. — Diesem Staate dürfte eine eigene Diplomatie und eine eigene auswärtige Politik nicht gestattet werden. Weiterhin erörterte der Redner die Notwendigkeit der Angliederung des polnischen Industriegebietes von Dombrowa vor der ober-schlesischen Grenze, das der Herd revolutionär-panslawistischer Umtriebe sei und das im Interesse der ober-schlesischen Industrie in Preußen einbezogen werden müsse. — Weiterhin zeichnete der Vortragende die Grenzen bis zum Bug, wies auf das Gebiet von Bialystok hin und auf den Verlauf der militärischen Grenze durch Litauen bis Kurland. Die Zahl der eingegliederten Polen würde sich auf etwa 1½ Millionen belaufen. Ihre Vertretung im Reichstage müsse im Laufe der nächsten 45 Jahre ausgeschlossen bleiben. Im Gebiete von Bialystok möchte der Redner die litauischen Juden angesiedelt wissen, die er als einen anderen Menschengeschlag als die polnischen Juden bezeichnete. In Litauen seien die Anfänge jüdischer Landwirtschaft bereits vorhanden. Bialystok könne der Umschlagort für den mitteleuropäischen Handel werden. Aus Litauen einen großen Staat zu machen, wäre unzweckmäßig und würde uns nur belasten. An Rußland empfiehlt der Redner die Rückgabe von Wilna. Weiter betonte Geheimrat Kleinow die Notwendigkeit einer Verständigung mit Oesterreich-Ungarn, damit sich die Donau-Monarchie und Polen zurückziehe. Es habe bereits Augenblicke gegeben, in denen Wien dazu bereit war, und daran müsse sich anknüpfen lassen. Der Redner erhoffte von unserer Diplomatie die nötige Gewandtheit, für uns diesen Erfolg herauszuholen. Das müsse um so eher gelingen, als Oesterreich andere Fragen zu lösen habe, so u. a. an der Aris, als in Polen. Damit würde die Hauptquelle der Reibereien zwischen Berlin und Wien beseitigt werden. Jedenfalls sei die Hauptaufgabe für uns, die polnische Frage in unserem Sinne zu lösen, um uns die Ostmark zu erhalten, sonst würde eine schwere Niederlage des Deutschtums Platz greifen.

Der Abgeordnete Fuhrmann schloß die Versammlung mit dem Hinweis darauf, daß wir uns an der nationalen Betriebsamkeit der Polen für unser nationales Leben ein Vorbild nehmen sollten.